

Volks-Zeitung

Veranstaltung für die Provinz Sachsen

für Anhalt und Thüringen.

1922 Nr. 37

Jahrgang 215

Bezugspreis: monatlich 12, 1/2 — ohne Zustellgebühr. Bestellungen nehmen sämtliche Postämter, Zeitungsverleger und private Anzeigenstellen entgegen.
Geschäftliche Adressen: Leipziger Straße 61/62, Fernruf Central 7803, täglich von 7 Uhr an Redaktion 5608 und 5610. — Postfachstelle: Leipzig 20512.

Sonntag-Ausgabe

Sonntag, 22. Januar

Anzeigenpreis:

Die Spalte 34 mm breit mit 6 Zeilen 120. A. Die Spalte 50 mm breit mit 8 Zeilen 160. A. Zahlung nach unten. — Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 80, Fernruf am Kurier Nr. 0290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag: o. Dr. Otto Grottel, Grottel-Druckerei.

Zur Optionsfrage

Über die Frage, wer von den Deutschen, die in den an Polen abgetretenen Gebieten geboren sind, eine Optionserklärung für Deutschland abgeben muß, wenn die deutsche Reichsangehörigkeit nicht verloren und die polnische Staatsangehörigkeit erworben werden soll, sind in den letzten Tagen in der Bevölkerung wieder Zweifel und Beunruhigung entstanden. Es seien deshalb die entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen nochmals kurz dargestellt.

Die Regelung der Staatsangehörigkeit in den an Polen abgetretenen Gebieten erfolgt durch Artikel 91 und 92 des Verfallers Vertrages. Am Schluß des § 92 heißt es: „Durch spätere Abmachungen werden alle Fragen geregelt, die nicht in dem vorstehenden Vertrag geregelt sind, und die aus der Ausübung des genannten Gebietes entstehen könnten.“ Im Hinblick auf diese Bestimmung ist von der deutschen Reichsregierung stets die Auffassung vertreten worden, daß die Ausübung der Option zwischen Deutschland und Polen vertraglich geregelt werden müsse. Die polnische Regierung dagegen hat bereits kurz nach dem Vertrag vom 18. Juli 1920 eine einseitige Regelung vorgenommen, die in den deutschen Verträgen nicht anerkannt wird. Da die polnische Regierung bis Anfang Dezember 1921 zum Abschluß eines Optionsabkommens nicht zu bewegen war, und die Optionsfrist nur bis zum 10. Januar 1922 reichte, so bestand für Deutschland die Möglichkeit, unbeschadet seines künftigen Rechtsbehauptungspunktes nunmehr auch seinerseits die Ausübung der Option einseitig zu regeln. Es würden sich die demnach deutschen Reichsangehörigen, die durch den Vertrag von Versailles ihre deutsche Reichsangehörigkeit verloren und die polnische Staatsangehörigkeit erworben haben, um ihr in dem Vertrag begründetes Recht gekündigt werden, durch Option wieder in den Besitz der deutschen Reichsangehörigkeit zu gelangen. Unter diesen Umständen hat die deutsche Reichsregierung zum Auftritte des Reichspräsidenten am 8. Dezember 1921 eine Optionsordnung erlassen, die im Reichsgesetzblatt veröffentlicht und als Ausführungsbestimmungen zu Artikel 91 des Vertrages von Versailles bezeichnet worden ist. Die hier im Wortlaut kommenden drei ersten Absätze des Artikels 91 lauten wörtlich:

„Die deutschen Reichsangehörigen, die ihren Wohnsitz in den Polen zurückgelassen haben, erwerben ohne weiteres die deutsche Staatsangehörigkeit und verlieren die deutsche Reichsangehörigkeit.“

Die deutschen Reichsangehörigen oder ihre Nachkommen, welche ihren Wohnsitz nach dem 1. Januar 1908 in diese Gebiete verlegt haben, können jedoch die polnische Staatsangehörigkeit nur mit besonderer Erlaubnis des polnischen Staates erwerben.

Während einer Frist von zwei Jahren nach Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages dürfen die deutschen Reichsangehörigen von über 18 Jahren, die ihren Wohnsitz in einem der Polen zurückgelassenen Gebiete haben, für die deutsche Reichsangehörigkeit optieren.“

In der beistehenden Optionsordnung vom 8. Dezember 1921 heißt es weiterhin:

„Über die Auslegung dieser Bestimmungen besteht zwischen Deutschland und Polen Meinungsverschiedenheiten. Für die deutschen Optionsbegehren . . . kann nur die deutsche Auffassung maßgebend sein. Nach der Auffassung können hier die deutschen Reichsangehörigen mit Ablauf der Frist am 10. Januar 1920 als deutsche Reichsangehörige in den endgültig als Bestandteil Polens anerkannten Gebieten ihren Wohnsitz im Sinne des § 7 des Deutschen Bürgerlichen Gesetzbuches hatten und in den genannten Gebieten bis zum 2. Januar 1908 anständig wohnen. Hierunter fallen auch Deutsche, welche deutsche Reichsangehörigkeit und Wohnsitz in polnischen Gebieten jenseits der früheren deutschen Grenze, z. B. Karpolenskiel. In ununterbrochener Besetzung des Wohnsitzes in Polen während der Zeit vom 2. Januar 1908 bis zum 10. Januar 1920 ist nicht erforderlich. Wer jedoch in Polen als auch in Deutschland seinen Wohnsitz hatte, ist gleichfalls optionsberechtigt. Inpremissillige Aufgabe des polnischen Wohnsitzes nach dem November 1918 infolge einer auf Verlangen des Landes gerichteten Anordnung von Stellen, die amtliche Tätigkeit ausüben, infolge des Wegfalls oder Zerstörung mit gegenwärtiger Gefahr für Leben oder Leben heißt außer Betracht. In vorerwähnten Fällen ist anzunehmen, daß die betreffenden Personen am 10. Januar 1920 ihren Wohnsitz in Polen noch gehabt haben.“

In der Optionsordnung ist auch gesagt, wer als Deutscher zu gelten hat, es das nicht seien Deutsche mit polnisch klingenden Namen gibt:

„Ein polnischer Familienname begründet nicht immer die Annahme polnischen Stammes, ebenso wie nicht unter allen Umständen aus einem deutschen Familiennamen auf deutsche Abstammung geschlossen werden kann. Mehr Anhalt für polnische Abstammung wird in polnischen Vornamen, polnische Vornamen, die jedenfalls dann mit Rücksicht angenommen, wenn der oder die Träger dieser Namen, die Träger des polnischen Stammes sind oder waren.“

Nach deutscher Auffassung brauchen also nur diejenigen Deutschen zu optieren, die am Tage des Inkrafttretens des Verfallers Vertrages, also am 10. Januar 1920, in den an Polen abgetretenen Gebieten ihren Wohnsitz hatten. Nach polnischer Auffassung gehören sollen alle diejenigen Deutschen Polen werden, die in den an Polen abgetretenen Gebieten abgeden sind, gleichgültig ob sie am 10. Januar 1920 dort noch wohnten, oder ihren Wohnsitz im Reich hatten. Wenn diese Deutschen die polnische Staatsangehörigkeit nicht erwerben wollten, dann hätten sie bis zum 10. Januar 1922 für Deutschland optieren müssen. Im Verfallers Vertrag dagegen ist das Moment der Geburt mit seiner Größe erwähnt, und deshalb bestimmt die deutsche Optionsordnung ausdrücklich:

„Nach Artikel 91 Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 2 des Verfallers Vertrages haben die deutschen Reichsangehörigen, die bei dem Inkrafttreten (10. Januar 1920) in den endgültig als Bestandteil Polens aner-

Papst Benedikt XV.

(Eigener Drahtbericht der „D. Z.“)

Rom, 21. Januar.

Papst Benedikt ist heute abend gestorben.

Bereits gestern verbreitete sich das Gerücht vom Tode des Papstes. Es betraugte sich jedoch nicht, da der Papst heute morgen noch, wie gemeldet wird, Besuch empfangen hat. Um 11 Uhr mittags war Dr. Ruffini beim Papst. Er erklärte, das Ende sei nahe, es könne sich nur noch um wenige Stunden handeln.

Papst Benedikt XV. war als Stroh einer der angesehensten italienischen Adeligen, der Marsilio della Chiesa, am 21. November 1854 in Genua geboren und erhielt den Namen Antonio. Er wurde für der geistlichen Laufbahn zu und wurde am 21. Dezember 1878 zum Priester geweiht; 1879 wurde er im Capricorn-Kolleg zum Doktor der Rechte promoviert und beehrte dann vier Jahre die oblige Rectoratsakademie. Im Jahre 1888 wurde er, dessen besondere diplomatische Begabung inzwischen hervorgetreten war, von Leo XIII. zum Geheimen Überwärtigen Kammerherrn und zum Sekretär bei der Nuntiatur in Madrid ernannt. Nuntius in Madrid war damals Kard. Rampolla del Tindaro, der nachmalige Kardinal-Staatssekretär Leo XIII. In dessen Schule entfaltete die Chiesa seine Talente noch weiter und als Rampolla als Staatssekretär nach Rom ging, nahm er alle Schritte als seinen persönlichen Sekretär mit. In dieser Stellung kam er Rampolla persönlich und politisch immer näher, so daß im Jahre am 15. April 1901 zum Interimsstaatssekretär ernannt ließ, als der bisherige Inhaber dieses Amtes, Tripoli, Kardinal geworden war. Im Jahre 1903 unterleg Rampolla in der Wahl zum Kardinal gegen den nachmaligen Pius X. und trat als Staatssekretär zurück, wobei sich seine große politische Fähigkeit. So sehr war er mit Rampolla und dessen Politik verknüpft, die es vor allem nicht um der später erfolgten Wende mit Frankreich ontommen lassen wollte. Inzwischen wurde der neue Papst, als auch dessen neuer Staatssekretär nach Rom ging, nahm er alle Schritte als seinen persönlichen Sekretär mit. In dieser Stellung kam er Rampolla persönlich und politisch immer näher, so daß im Jahre am 15. April 1901 zum Interimsstaatssekretär ernannt ließ, als der bisherige Inhaber dieses Amtes, Tripoli, Kardinal geworden war. Im Jahre 1903 unterleg Rampolla in der Wahl zum Kardinal gegen den nachmaligen Pius X. und trat als Staatssekretär zurück, wobei sich seine große politische Fähigkeit.

fannten Gebieten ihren Wohnsitz hatten und dort schon vor dem 2. Januar 1908 anständig waren, von Rechts wegen die polnische Staatsangehörigkeit unter Verlust der deutschen Reichsangehörigkeit erworben
„Gemäß Art. 91 Absatz 1 des Vertrages von Versailles können die über 18 Jahre alten ehemaligen deutschen Reichsangehörigen die nach Art. 91 Abs. 1 in Verbindung mit Abs. 2 die polnische Staatsangehörigkeit unter Verlust der deutschen erworben haben, innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten jenes Vertrages (10. Januar 1920), also bis zum Ablauf des 10. Januar 1922 für die deutsche Reichsangehörigkeit optieren.“
Nicht zu optieren brauchen also diejenigen Deutschen, die zwar in den an Polen abgetretenen Gebieten geboren sind, dort aber am Tage des Inkrafttretens des Verfallers Vertrages (10. Januar 1920) nicht mehr gewohnt haben. — Zusammen werden diese, der zwischen Deutschland und Polen in dieser Sache bestehenden Meinungsverschiedenheiten wegen gut tun, vorläufig nicht nach Polen zu reisen

Lloyd Georges Aufgabe

Eine Rede Churchill.

London, 21. Januar.

Gehten wurde in der Central Hall in Westminster unter Teilnahme von nahezu 600 Delegierten aus allen Teilen des Landes die erste national-liberale Konferenz der Koalitionsliberalen eröffnet. Lloyd George wurde einstimmig zum Vizepräsidenten und Churchill zum Vizepräsidenten ernannt. Churchill erklärte dann in seiner Rede, in der er für die Fortdauer der Koalition eintrat, die Vereinigung der Kräfte, die jetzt unter der Führung von Lloyd George verknüpft seien, werde nicht so leicht umgekehrt werden. Es werde so lange dauern, wie der Bestand im allgemeinen Interesse der Nation erforderlich sei. Die Koalition der Liberalen und Konservativen sei sehr groß. Die Übernahme der Macht durch die sozialistische Partei würde eine Katastrophe für England und das britische Reich sein. Angeht dieser Gefahr dürfe man nicht unversichert sein. Churchill betonte die Größe der Koalition der Liberalen und Konservativen sei sehr groß. Die Übernahme der Macht durch die sozialistische Partei würde eine Katastrophe für England und das britische Reich sein. Angeht dieser Gefahr dürfe man nicht unversichert sein. Churchill betonte die Größe der Koalition der Liberalen und Konservativen sei sehr groß. Die Übernahme der Macht durch die sozialistische Partei würde eine Katastrophe für England und das britische Reich sein. Angeht dieser Gefahr dürfe man nicht unversichert sein.

die vatikanischen Wähler von seiner Ernennung hofften. Da jenseit im Oktober 1907 der Erzbischof von Bologna, und unerwartet wurde della Chiesa zu seinem Nachfolger ernannt, was ungewöhnlich eine Maßnahme bedeutete. In Bologna war ein Jahr zuvor der Kardinal Antonelli, als Erzbischof lange gefestigt worden. Pius X. selbst nahm in der Eigenschaft des Kardinals in Aussicht gestellt wurde. Diese erfolgte jedoch erst sieben Jahre später, nämlich am 25. März 1914, also nur wenige Monate vor dem Tode wiederholt erkrankten Pius X. im Jahr. Am 8. September 1914 in der fünften Wahlrunde, am dritten Tage des Konklaves, mitten im Kampf des eben ausgetretenen Kriegesbundes, wurde nunmehr della Chiesa zum Papst, dem 280. Nachfolger Petri, erwählt. Männer wie de Laet, Mistrata oder Ruffini waren in den Hintergrund getreten. Der neue Papst nahm den Namen Benediktus XV. an.

Seit dem August 1914 hat Benedikt im Verein mit seinem Staatssekretär Kardinal Gasparri nicht abgesehen, italienischer Patriot zu sein, unbeeinträchtigt um die loganentzweifelnde Frage und um alle sonstigen liberierten und logischen Voraussetzungen der kirchlichen und politischen Fundamentalsprüche des Vatikan; Italien hat er im Zeitpunkt seines flagrantesten Verrates am alten Bündnisvertrage ohne ein Wort des Tadelns als das „geliebte“ öffentlich angeprochen, für Italien hat er noch inmitten des lebhaftesten Kampfes mit Österreich-Ungarn ein Präjudiz durch Freilegung überflüssiger Dingen zu schaffen gesucht, italienische politische und soziale Anliegen hat er unermüdlich unter nicht eben schonender Beachtung der bei ihm befristeten, aber unter kaum merklichem Protest seinerseits aus Rom vertriebenen diplomatischen Vertretungen Frankreichs, Dänemarks und Österreich-Ungarns gefördert. Obwohl in dessen Förderung der Politik des katholischen Italien, wie unter anderem in der Förderung der italienischen Einigungspunkte gegenüber den französischen Ansprüche auf Elsass-Lothringen und der französischen Tendenz in Bezug auf Polen ist Benedikt so auch dazu gelangt, bei Abschluss des Weltfriedens offen das Vatikan's Frieden mit dem als freimaurerlich und mangelhaft mündigste, italienische geistlichen Frankreichs heraufzufen tonie für orientalische und erasmische Zweck-Friedensausmünungen.

Daß Deutschland außer in jenen untergeordneten Dingen, die im amtlichen Geschäftsgang bei gegebenem Anlaß geregelt zu werden pflegen, von Benedikt erhebliche Förderung noch zu erwarten hätte, ist kaum anzunehmen.

zung der Kaufkraft seiner Kunden als Gegenmaßnahme für seine Politik anzusehen. Von dieser Aufgabe sei Lloyd George in Anspruch genommen. Die Zeiten, in denen man leben, seien heute ernst. Bei der Fülle der Notwendigkeiten, denen man gegenüberstehe, und angesichts der ernstlichen wirtschaftlichen Probleme, denen man sich nicht den Augen umhören dürfe, seien die Sozialisten hätten ihre volle politische Unfähigkeit für die Regierung gezeigt. Es gebe keine liberalen Grundstöße, der nicht den sozialistischen Diktaturen mit Füßen getreten werde. Die Sozialisten seien eine neue Partei, die nach einer langen Schule der Erfahrung gehen müsse, bevor sie mitreden könnten. Die Regierung des Reiches müsse zu führen. Wenn man tapfer und bereit kämpfe, werde man dem Sozialismus eine fleißige Niederlage aufzulegen.

Das Steuerkompromiß gesichert?

Berlin, 21. Januar.

Die wir aus Parlamentskreisen hören, ist das Steuerkompromiß zwischen Zentrum und Sozialdemokratie so gut wie gesichert. Die allgemeine Meinung besteht darin, daß an Stelle der von den Sozialdemokraten zuerst vorgeschlagenen Erhöhung der Schwärze eine Zwangsanleihe erfolgen soll. Die Zwangsanleihe ist etwa so gedacht, daß jeder Betrüger eines großen Vermögens einen bestimmten Prozentsatz in dieser Zwangsanleihe anlegen muß. Als zweiter Hauptpunkt der Kompromiß ist die sofortige Einziehung des zweiten Drittels des Reichssteueres. Mit dem voranstehenden Zusatznamen dieses Kompromißes dürfte auch die größere Koalitionsbildung im Reich erfolgen.

Wider Eisenbahnerstreik in Sachse

w. Dresden, 21. Januar.

Streikende Eisenbahner haben heute mittags im Dr. Hauptbahnhof und an einigen anderen Punkten ihren Streik teil- und streikendweise abgem. Es handelt sich zunächst um einen milden Streik, auf Dresden beschränkt. Der Eisenbahnpräsident hat einen Blick herausgegeben, in dem er die Eisenbahner erl, alles zur Aufrechterhaltung eines gewissen Verkehrs zu tun. Die Eisenbahner haben sich abgeköpft hatten. Seit als das drohende Gelingen anstand, konnte am Nachgeben bereitwillig werden.

Deutsche Stimmen in die Zeit

Wochenbeilage der

Halle'schen Zeitung

Nr. 4

Halle/Saale • Sonntag, den 22. Januar

1-9-22

Deutschland kann nur einig werden durch gemeinsame Arbeit, vorausgesetzt, daß diese Arbeit die ganze Nation in Anspruch nimmt. Denn nur diese Arbeit wird alle Kräfte wecken und alle nicht zum Wesen der Deutschen gehörigen, sondern durch ein beispielloses Mißgeschick ihnen aufgebürdeten fremden Stoffe abstoßen.

Geistiges Leben (und volkstümliches Leben ist geistiges Leben) erwacht durch die Notwendigkeit des Kampfes. Je leichter einem Kinde das Lernen gemacht wird, desto weniger und oberflächlicher lernt es. Je bequemer der Weg eines Mannes ist, desto weniger leidet er. Je schwerere Aufgaben einem Stamme, einem Volke gestellt sind, auf je desto höhere Stufe steigt dieser Stamm und dies Volk.

Der wirklich Geschickte hat an seinem Vaterlande mehr als beruhen, der sich nie Rechenschaft darüber zu geben vermag, weshalb sein Vaterland der Liebe und der Opfer wert ist. Der Bach, Mozart, Beethoven, Erwin, Solheim, Goethe, Grimm verdienen kaum, lieb Deutschland anders, als wir in Deutschland nur den ihm gewohntem und darum bequemem Schauspiel seines Alltagslebens erblickt. Paul de Lagarde.

Bismarck als Mensch

Die Deutsche Rundschau (Berlin) hat in ihrem neuesten Heft eine interessante Studie über den Charakter des Staatsministers Bismarck veröffentlicht, die von dem Verfasser, dem bekannten Schriftsteller Paul de Lagarde, verfaßt ist.

Im Parlament fand ich immer eine Reihe höchst unangenehmer Beziehungen und trat auch bald in ein näheres persönliches Verhältnis zum Reichskanzler Fürsten Bismarck. Die treue Freundschaft, welche er aus seiner frankfurter Kindheit für die Familie Bismarck bewahrt hatte, in welche ich ebenfalls hineingekommen war, war wohl ein sehr wertvolles Moment dabei. Von ersten Tage ab trat der Fürst mir, dem damals kaum bekannten Abgeordneten, mit dem größten Wohlwollen und Vertrauen entgegen. Seine unerschütterliche Offenheit und Unwandelbarkeit im Verkehr hatte mich völlig faszinierend und Genußmendes. Gewöhnlich waren, daß man sich dem großen Mann des Jahrhunderts gegenüber fühlte, welcher jeden wie kleines Kind behandelte, so politisch, sondern die einfache, herrliche Geselligkeit eines Edelmannes übte, hatte gerade das rein Menschliche des Menschen etwas Unwiderstehliches Anziehendes. Die Art, in ihrer Art vielleicht ein ebenso einziges, seltenes Phänomen war, er wußte nur die Reden und wohl auch die Meinungen ihres Gemahls — allenfalls in gelegentlichem — teilte, accompagnierte ihn in ihren bündelnden, geistigen Beziehungen mit vollster Sorgfalt.

Wie ich später hörte, hatte der Fürst nach dem ersten Jahr-Ziner, zu welchem er eingeladen worden, er ging, ich solle künftig alle Wochen einladen werden. Er ging, er kam damals nie in Privat- und nur ganz ausnahmsweise in die Hofgesellschaft. Dagegen hatte er täglich alle vier bis fünf in Liebesrod zu Tisch, und abends nach 10 Uhr zu für einen großen Kreis stets offenes Haus. Die Geselligkeit hatte den größten Reiz. Man traf da alle Bekannten nicht nur der heimischen Gegend, sondern der ganzen Welt. Auf den großen Rauten, welche während der Winterzeit fast alle Sonntage stattfanden, kamente dann alles, was irgend eine politische oder lokale Stellung hatte, die dazu berufen war. Man hat im Laufe der Jahre wohl fast alle Persönlichkeiten von Bedeutung des In- und Auslandes dort gesehen.

Im kleineren Kreis besonders wuch ich der Fürst über die wichtigsten Dinge mit einer merkwürdigen Offenheit aus, die fast wie Diskretion zur Pflicht, sondern fast wie geistliche, er nehme an, daß jeder, welcher bei ihm verkehre, sich und Diskretion genug habe, um zu wissen, was er zu sagen haben könne, was er nicht sagen sollte, und daß er nicht weiter gehen lassen, als er wollte, und daß er genau unterrichtet, wenn er vor sich hatte. Manche scheinbar Dispositionen sind wohl abfällige gewesen.

Bei den Empfängen zur Neujahrs- und Geburtsfeier, welche der Fürst Bismarck öfter wegen Abwesenheit oder Unwohlseins nicht beehrte, hielt er stets bei den Gästen annehmliche, wobei er viel Fremdwörter, in französischer Art, gebrauchte. So hatte er bei dem Neujahrsempfang, an welchem die Nachricht von Gambettas Tod gekommen war: „Da ist wieder ein renommierter Charakter weniger in der Welt, die Ruhe bei unseren Nachbarn ist nur der Oberfläche, da sind so impulsive Leute gefährlich.“

„Bin bin noch nie so entzückt gewesen wie jetzt. Herrern machen mir alle die Arbeit so leicht, verziehe ich mir die Ausgabe, daß ich nur wünschen kann, sie halten mich. Ich sehe auch nicht ganz neue Geister um mich, anders bin ich ihnen auch dankbar dafür, daß Sie mit mir fürchten so zu bekommen.“

Er gab stets jedem Minister die Hand, und ich glaube, in den neun Jahren meines Dienstes im hohen Rauten sah ich kein, ohne daß er ein freundliches Wort bei ver-

höflichen Begrüßung an mich gerichtet hat. Er war ein Herr, der sich jedem attachierte und den Dienst leicht machte. Am ersten Geburtstag, welchen ich als Minister mitbegegnete, 22. März 1880, schickte er mir am Abend die 4. Klasse roten Adlerordens mit dem Bemerken, die 3. werde am nächsten Tage folgen. Bei der Gratulation sagte er dann: „Da ich noch nichts gehabt hätte, hätte ich die 4. Klasse ungeduldig erhalten müssen, sonst hätte ich später nicht die Schleife zur 3. und das Ehrenkreuz zur 2. bekommen können.“ Diese feinen Grundzüge bei den Ehrenverleihungen waren nur ihm selbst und dem Geheimen Kabinetsekretär bekannt. Sie wurden streng beobachtet, und Anträge welche dem nicht entsprachen, erlöhnten ihre Korrektur im Kabinett.

Preußens deutsche Sendung

Entwicklung des Judentums in Preußen.

Von Dr. Carl Siegmund Schulze Baron v. Galliza.

I.

Ein Maßstab für den Niedergang gefallener Reiche ist das Emporkommen jenseitiger Herrschaft. Nicht, daß die Juden unterdrückt und als Sklaven gehalten werden sollen, sondern daß sie es wagen, sie, die in verdrängender Rinderzahl selbst vollkommen immer, jemals einen nationalen Staat und eine nationale Kultur zu schaffen, sich die Macht anmaßen, hart und rücksichtslos ihren Fuß zu legen auf den Boden der Völker, bei denen sie doch nur Gäste sind. Wie im Mittelalter die Juden die Widerwärtigen des christlich-katholischen Christentums waren, so sind sie heute nicht mehr allein das schreckliche, sondern vor allem das nationale. Für uns ist die Judenfrage in erster Linie eine Nationalangelegenheit, eine Rassenfrage.

Die Emanzipation des Judentums verbandt die moderne Menschheit dem 18. Jahrhundert, jenen Uebergangszeitalter, da man mit jenseitiger Gebärde den Aberglauben und Fanatismus des Christentums von sich wies, ohne doch schon die neue nationale Sittlichkeit an Stelle des Heiligens zu setzen. Dem Zeitalter der Aufklärung war die Judenfrage noch eine rein religiöse. Leid und ohne Bedenken löste man sie nach dem Begriff der Toleranz, der Glaubensfreiheit. Man erkannte nicht den Geist der Semiten, der sich in nichts getrennt hatte seit zwei Jahrtausenden und der eine Einigung mit den weitverbreiteten Völkern für alle Zeiten unmöglich macht. Die eine, über alle Völker der Welt verstreute Masse betrachtet, sah heute wie vor zweihundert, wie vor tausend Jahren im Grunde des ägyptischen Felkens als das auserwählte Volk Gottes, das sich streng und unerschütterlich absperrte von allen anderen Nationen, ja, das diese beherrschte mißte. Wie werden durch Genährung der Glaubensfreiheit die Juden je im europäischen Kulturkreis aufgehen! Allzuhoch halten sie fest an ihrem Glauben. Die ungeliebte Tat der Weltgeschichte, die Beherrschung Jerusalem durch Kaiser Titus, konnten weisheitsvolle Nachfahren noch hiezu Jahrtausenden nicht dadurch überwinden, daß sie die Kinder von Stamm Semis aufnahmen in die Gottesgemeinschaft christlich-europäischer Völker. Stets wird der Jude danach trachten, über die Unreinen, die Gojim, das Vieh, zu herrschen, denn sein Gott gibt ihm Macht und Recht dazu. Die Nation der Hebräer legt in jeden einzelnen ihrer geringsten und geringsten Glieder, ohne die schwache Grundlage eines lebensvollen Volksgesamtes, nämlich eine lebensfähige Kultur in einem lebendigen, rein jüdischen Nationalstaate zu erzeugen. Um sich die von seinem Gott verliehene Herrschaft und Macht über die Gojim zu erobern, sucht sich der Same Abrahams Einfluß zu verschaffen auf die realen Mächte dieser Welt, unersättlichen Lebens, er muß danach streben, diese zu alleinigen Gebrauch in seine Hände zu bekommen. Das erste dieser Machtmittel ist das Geld. Wer weiß nicht, welches Wunder- und Erpressentalent die Söhne Judas im Mittelalter entwickelten gegen die unglücklichen Christen, Fürsten, Könige, Bürger, Studenten, die von ihnen Geld entliehen? Die mittelalterlichen Judenbenen finden zum guten Teil ihre Erklärung in der Verwertung über die Verschöpfung der Karotten; natürlich waren sie als Knecht, als Nichtrechtsgläubige, ohnehin verachtete, Volkskraftlosen Zeit, und gab dann nur den äußeren Anlaß für diese Verfolgungen, und von Brunnenerregungen durch die erbliche Blantföde, die nichts anderes wollten, als das Volk vernichten, um sich in den ungeteilten Besitz seiner Schätze zu legen. Ihre Geldmacht brachte die Juden im 18. Jahrhundert bis in die obersten Staatsämter. Der Jude Süß-Deppenheimer, dessen Familie in der Palz anstieß war, wurde 1783 Geldgast des verstorbenen russischen Zaren Alexander von Württemberg. Als Finanzminister ließ er sich höchste Unerschlichkeit aufweisen kommen: unerlaubte Finanzoperationen, Verfolgungen, Benützung von Stiftungsgebern, Stellenverkauf und Verdrängung der Steuerpflichtigen. Als der Herzog plötzlich starb, richtete ich die ganze Wut des Volkes gegen den Juden Süß. Er wurde am 14. Mai 1787 verhaftet, vor Gericht gestellt und, mit dem palmonierten Staatsrod bekleidet, am 4. Februar des folgenden Jahres im eisernen Käfig aufgeführt. Besonders um die Mitte des 18. Jahrhunderts gelangten viele Juden an norddeutschen Höfen- und Sandelsplätzen zu großem Reichtum.

Trotz Friedrich d. Gr. und Voltaire entwickelten sich die Juden in Preußen und Frankreich kräftig. Mit Sorge betrachtete der große Kobenoller des Erlarers des Semitentums in Breslau, von dem er fürchtete, es werde auch ihm ein „ganzes Jerusalem“ werden. Er befahl, daß die Juden in den kleinen Städten, besonders in denen, die mitten im Lande liegen, wollest die Juden ganz unnötig

und vielmehr schädlich seien, wegeschafft würden. Der aufgeklärte König hielt die Juden nicht allein nützlich, als Beleger des Geldes, für schädlich, sondern vielmehr als staatspolitischer Ueberzeugung. Denn gerade davon, was er antrahete, den Staat frei zu machen von den Banden der Religion, sah er ja im alten Staate der Kinder Israel das Gegenteil. Die unlösliche Verknüpfung von Politik und Religion, wie sie bereit im jüdischen Staate stattfand, hatte ja das ganze ungeliebte Mittelalter auf dem Gewissen, hatte den Fanatismus und die wahrhaftigen Religionskriege in die Welt gebracht und den Sieg der Vernunft verzögert. Friedrichs Aneignung gegen Christus, wie er sie in geradezu verlegender Weise in seinem Bortwort zu Hieronimus Strabens Geschichte, das er drei Jahre nach dem Suveränitätsfrieden schrieb, zum Ausdruck brachte, beruhte wohl guten Teils auf seiner Judenfeindschaft. Doch ist Friedrich als Staatsmann gewandt genug, die Juden zu benützen, wenn er in schwerer Kriegszeit die Münze des beleagerten Landes verschärfen mußte (Ephraim in Sachsen, Siebenjähriger Krieg).

Grundlegend für Friedrichs Judenpolitik ist das Reglement aus dem Jahre 1780. Danach sollten die Israeliten des Reichs nicht vermehrt werden, das ihnen zugehörnde Recht des Aufenthalts durften die ordentlichen Schutzbuben nur auf ein Kind übertragen. Die außerordentlichen erhielten die Bewilligung zur Niederlassung nur für ihre Person auf Lebenszeit. Die ordentlichen Schutzbuben konnten daher gegen Zahlung von 7000 Reichsthalern für Vorrath noch auf ein zweites Kind ausdehnen, doch mußten sie eine gewisse Masse der königlichen Manufakturwaren zur Auslieferung entnehmen, von welcher Verpflichtung sie sich aber später lösteten. Noch heute findet sich in mancher Judenfamilie als Ueberrest von jener Zeit der eine oder andere Porzellanasse, etwa ein halbes Meter hoch, der in der königlichen Manufaktur hergestellt wurde und in großen Mengen den Juden zum Vertrieb aufstrotzt wurde. — 1787 wurde bestimmt, daß neue Schutzbubenprivilegien nur dann ausgereicht werden durften, wenn die Bewerber sich erboten, neue Fabriken oder ein anderes Gewerbe als den Handel zu betreiben. Selbst die Zahl der Häuser, die sie besitzen durften, war bestimmt. Während auch später noch bedeutende Heubau von ihnen entrichtet werden mußten, wurde doch 1787 der drückende Weisloß abgehafft.

Nachdem nicht es mit Voltaire. Von Salomon hat in seinem Buche über Voltaires Geistesart eine Reihe Blätter als Beweis für seine Judenverachtung zusammengestellt. Bei der Redaktion von Friedrichs Antimachovell kann es der Staatsrat nicht verzeihen, im Beginn des 11. Kapitels folgenden Zusatz aus seiner eigenen Feder zu machen: „Ich dünke, von allen Völkern, von denen uns noch einige Kenntnis übriggeblieben ist, haben nur einig und allein die Juden eine Reihe betörender Götterbilder gehabt. Kein Wunder, daß bei der abergläubigsten und unwissendsten aller barbarischen Nationen diejenigen, die der Religion vorstanden, endlich die Religion des Staates an sich gerissen haben; allein bei jedem anderen Volke haben sich meines Erachtens die Priester nur um ihren Amte besorgt.“ Mit Ausnahme der Juden kannte also das glückliche Altertum keine Religionskriege. Und in Europa wurde diese Art von Kriegen erst einseitig durch Einführung des Christentums jüdischen Ursprungs. Der Gemüthsgegenstand des großen Preußenkönigs teilte also dessen persönliche Aneignung gegen die Juden, da sie die ungeliebte Vermischung von Religion und Staatskunst auf dem Gewissen hatten, welche beide zu trennen ihnen jetzt so viel Mühe machte. Aber bei Voltaire geben in der Judenfrage Theorie und Praxis ebenso auseinander wie bei Friedrich. Verleitet durch seinen Spekulationstrieb, muß der Franke erst mit dem Juden Strijel seine praktischen Erfahrungen machen.

Friedrich der Große und Voltaire waren also infolge ihrer historischen und politischen Ueberzeugung Judenfeinde, bei dem Preußenkönige mögen auch wirtschaftliche Erwägungen mitgedrungen haben. Vom rein religiösen Standpunkt aus hatten die Juden aber ebenso ein Anrecht auf Toleranz wie alle anderen Glaubensbekenntnisse, denn bekanntlich verordnete Friedrich: und wenn Judenmörder kämen, dann „wollen wir sie Moskauten kaufen.“ (Fortsetzung folgt.)

Städtebilder vom Rhein

Von Carl Demmel, Koblenz.

An der Mündung der Mosel liegt die fremdländische und saubere Stadt Koblenz. Amponierend das „deutsche“ mit dem majestätischen Denmal Kaiser Wilhelms I. das dem großen Herrscher die Rheinprovinz zum Dank in Ehren errichtet hat. In der einstigen kurfürstlichen Burg hat man jetzt eine kleine Bilder-Gallerie unterbracht. Die „Castor Florens“ und „Vedraut Fische“ beleben in ihrer Hinterlistigen alten Mädel sehr zum Vorteil das Stadtbild. Es ist bekannt, daß Kob beim Ausbruch der französischen Revolution kaumbelebte Emigranten war. Eine Festung war Koblenz an der blühendsten Zeit. Von 1530 her stammt das zu kleinen Museum eingerichtete Schloßhaus. Es hat man unter anderem dem General von Göttinger Physiologen Johannes Müller und Max von Göttinger errichtet.

Das Schloß — es ist in den Jahren von 17 dem letzten kriegerischen Kurfürsten Clement Wehnt worden. Untere verführte Klement hat diesem Schloße aufzulegen. Die Rheinmaler

